

Den Aufstieg der radikalen Rechten begreifen.

Dimensionen einer verallgemeinerten Kultur der Unsicherheit

MARIO CANDEIAS



Es ist die Zeit der Monster. In der organischen Krise des alten neoliberalen Projekts erleben wir fast überall in Europa den Aufstieg des sogenannten Rechtspopulismus. Die Monster sind jedoch recht unterschiedlich: Da gibt es «starke Männer» wie Trump, Kurz oder auch Macron, politische Unternehmer*innen, die aus der Regierung heraus, einen neuen Autoritarismus prägen. Teresa May ist ihnen nicht unähnlich, autoritär bis auf die Knochen, aber anders als ihr Enfant Terrible Boris Johnson, weniger politische Unternehmerin als Vertreterin eines etablierten autoritären Rechtskonservatismus.

Gemein ist ihnen allen ein rechtspopulistischer Diskurs des Anti-Establishments von «oben», gestützt auf mächtige Kapitalfraktionen. Davon abzugrenzen wären die autoritär-nationalistischen Regime in Polen oder Ungarn (oder auch der Türkei). Diese wiederum sind abzugrenzen von einer radikalen Rechten wie dem Front National in Frankreich, der PVV von Geerd Wilders oder der AfD in Deutschland, der – aus der Regierung agierenden – FPÖ in Österreich oder nun der Lega in Italien. Ganz anders wieder die Fünf-Sterne-Bewegung Italiens.

Wie lässt sich der Aufstieg der radikalen Rechten begreifen, was sind gesellschaftliche Ursachen? Die radikale Rechte – ein allgemeines Phänomen in weiten Teilen Europas und quer durch die Gesellschaften? Die radikale Rechte ist nichtsdestoweniger ein spezifisches Phänomen, das bei bestimmten Klassenfraktionen, Geschlechtern und Regionen weiter verbreitet ist als andernorts – was ist das jeweils Spezifische? Zur Begründung des Aufstiegs der radikalen Rechten gibt es zahlreiche Erklärungsmuster, fast jedes hat seine Berechtigung, erklärt einen bestimmten Aspekt. Doch meist stehen diese Erklärungen

neben- oder gegeneinander. Gibt es einen spezifischen Zusammenhang, der sich theoretisch begründen lässt?

Jenseits empirischer Einzeluntersuchungen gibt es nur selten Versuche einer systematischen subjektwissenschaftlichen Forschung. Noch seltener erfolgen diese explizit mit Rückgriff auf und Weiterentwicklung von Ansätzen einer kritischen Theorie der Gesellschaft. Das zu begreifende Phänomen ist dabei so heterogen und dynamisch, dass es sich eindeutigen Erklärungen entzieht. Dennoch gilt es gegen ein Entweder-oder oder ein beliebiges Nebeneinander von Erklärungsansätzen einen spezifischen Zusammenhang zu erforschen, rückgebunden an die Transformation und Krise kapitalistischer Gesellschaften, veränderter Produktions- und Lebensweisen. Warum konnte das Phänomen gerade jetzt so bedeutsam werden?

Zur Beantwortung der Frage werde ich kurz auf die These von einer verallgemeinerten Kultur der Unsicherheit eingehen, die unterschiedliche gesellschaftliche Dimensionen in einen Zusammenhang mit der organischen Krise des alten neoliberalen Projektes stellt. Dabei geht es um Verunsicherung in der Arbeit, in der Familie, der Nachbarschaft oder Region, der Perspektiven, ja der eigenen Geschichte, Identität, Geschlechtlichkeit, der Lebensweisen.

Das empirische Material beruht auf einem Forschungsprojekt in Kooperation mit der Hochschule Stendal, in einer Stadt bzw. Region, die einst Hochburg der Linken und nun Hochburg der AfD ist. Das Folgende bezieht sich aber auch auf Hunderte von Haustürgesprächen, die im Rahmen von Pilotprojekten für organisierende Initiativen in benachteiligten Vierteln bundesweit durchgeführt wurden.

Obwohl Parteien wie die AfD oder der Front National und Bewegungen wie Pegida mehrheitlich von Gruppen aus der etablierten Mitte oder dem Kleinbürgertum – überwiegend Männern – getragen werden, sprechen sie mittlerweile auch einen relevanten Teil von Arbeiter*innen und Erwerbslosen an (unabhängig davon, wie sich die Einzelnen bei Nachwahlumfragen selbst kategorisieren). Didier Eribon (2016) nennt deren Wahlentscheidung für die radikale Rechte einen «Akt politischer Notwehr», um überhaupt noch irgendwie im politischen Diskurs vorzukommen, wenn auch nur als «negative Selbstaffirmation». Dies trifft durchaus auch auf die Bundesrepublik zu. Von der Sozialdemokratie sagen wir mal vergessen, enttäuscht von der Wirkungslosigkeit der mittlerweile «etablierten» LINKEN, wenden sie sich einer machtvollen neuen Erzählung zu: der Verteidigung hart arbeitender Menschen, der Nation, der Kultur, gegen andere, «den Islam», «die Flüchtlinge», die Globalisierung, die Schwulen und LGBTs, die «moralisierenden 68er» an der Macht etc.

Die Verbreitung rechter und rassistischer Einstellungen ist nicht neu und gut erforscht (von Heitmeyer u.a. bis zu Flecker & Hentges, um nur zwei Beispiele zu nennen, andere haben hier in den letzten zwei Tagen dazu gesprochen) –

gut dargestellt ist auch, weshalb in den 1990er und 2000er Jahren rechtspopulistische Parteien in Westeuropa Erfolge feierten, sich eine solche Partei in der Bundesrepublik aber nicht etablieren konnte (vgl. auch Candeias 2015). Dies hat sich geändert.

In der polarisierten Debatte, ob für die Erklärung des Rechtspopulismus soziale Fragen ursächlich sind oder ein verbreiteter Rassismus, kann man mit Stuart Hall entgegnen: «Das Problem hier ist nicht, *ob* die ökonomischen Strukturen für «rassistische» Spaltungen relevant sind, sondern *wie* beide theoretisch verknüpft werden.» (Hall 1980, S. 92.) Auch ist nicht fraglich, ob Menschen rassistische Zuschreibungen vornehmen, «sondern welches die spezifischen Bedingungen sind, die dieser Form (rassistischer) Unterscheidung soziale Bedeutung und historische Wirksamkeit verleihen» (ebd., S. 129).

Zur Verallgemeinerung einer Kultur der Unsicherheit

Das Jahr 1989 ist Ausdruck eines historischen Bruchs, der seinen Ausgang mit der Krise des Fordismus der Nachkriegszeit 20 Jahre zuvor nahm. Wir erlebten mit der «samtenen Revolution» in der Tschechoslowakei und der DDR nicht nur den Zusammenbruch des SED-Staates und später des gesamten «real-existierenden Sozialismus» in Ost- und Mitteleuropa, sondern auch die Abwicklung des westdeutschen und westeuropäischen Fordismus. Der «Osten» wurde zum Experimentierfeld neoliberaler Flexibilisierung und Prekarisierung – Schocktherapien in Osteuropa, die Treuhand in Ostdeutschland. Die Erfahrungen wurden nach und nach transferiert, der Druck der neuen «innerdeutschen» und europäischen Peripherie veränderte auch die Kräfteverhältnisse im Westen (ausführlich Candeias 1999).

Im weiteren Verlauf kommt es zur *Verallgemeinerung einer Kultur der Unsicherheit* (Candeias 2008), die Agenda 2010 steht emblematisch dafür (entsprechende Workfare-Programme gab es schon früher oder später in fast allen Ländern Europas und den USA). Die Angst vor dem Abstieg wirkt auch in den vermeintlich gesicherten Milieus, die erleben, wie das Sicherheitsnetz ausgedünnt wird und zugleich die Anforderungen der Arbeit und im Privaten anwachsen. Die Gewerkschaften konnten dem nur wenig entgegensetzen, was zu verbreiteter Vereinzelung und Rückzug ins Private, oft zur Anpassung, auch zur raschen Vermehrung psychischer Erkrankungen führte.¹ Die Prekarisierung

1 In ihrer Analyse diverser quantitativer Studien zu den Ursachen des Rechtspopulismus fassen Falkner & Kahrs zusammen, dass «die Mehrheit der «Besorgten» sich in der Mitte zwischen Oben und Unten sieht» (2018a, S. 18).

der Arbeit, so Klaus Dörre, wird zur Produktion «gefügiger Arbeiter» und Bürger genutzt (2005, S. 255).

Der implizite gesellschaftliche Vertrag – harte Arbeit gegen gesellschaftliche Absicherung und Anerkennung – wurde einseitig aufgelöst. Diese Erfahrung führte zu Enttäuschungen und Aggressionen, die auf Gruppen gerichtet werden, die die Zumutungen scheinbar umgehen, vermeintlich weniger leisten müssen und trotzdem gut leben, Geld «ohne Leistung» erhalten – etwa Geflüchtete, Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger*innen.

Diese Begründungsfiguren sind gerade nicht beschränkt auf «Modernisierungsverlierer», sondern finden sich auch und vor allem bei jenen, die sich vom Abstieg bedroht fühlen, und – in ihrer Selbstwahrnehmung – bei jenen «Leistungsträgern», die ihre sozioökonomische Position halten oder verbessern konnten, aber um den Preis erhöhter Arbeitslast, ausufernder Arbeitszeiten und hoher kraftzehrender Flexibilität.²

Oliver Nachtwey (2016) fand dafür das Bild der Rolltreppe, die nach unten fährt: Man darf nicht stehen bleiben, will man nicht abgleiten und man muss sich ganz schön anstrengen, will man sogar gegen die Fahrtrichtung ein bisschen nach oben gelangen. Oben ankommen tun die wenigsten. Der Eintritt in die oberen Klassen ist versperrt, die Vermögenden schotten sich ab.

Es kommt zur dramatischen Zunahme nicht nur ökonomischer Ungleichheit. Respektabilitätsgrenzen wurden gezogen, vor allem von oben: die etablierte bürgerliche Klasse produziert populäre Bilder (z.B. Sarrazin), die eine autoritäre Erziehung der Erwerbslosen, Migranten u.a. subalternen Gruppen legitimieren sollen. Konservative wie Paul Nolte (2001; 2008) scheuten sich schon vor Jahren nicht, die verschärfte Polarisierung von Einkommen, Macht, Bildung und Konsum als Neukonturierung der Klassengesellschaft zu bezeichnen. Angewidert von dem selbst entworfenen Bild der «gefährlichen Klassen» plädiert er sogar für mehr Klassenbewusstsein der bürgerlichen Klasse gegenüber den Unterklassen. Teile der «bedrohte Mitte», aber auch der am meisten benachteiligten Gruppe des Prekariats machen sich diese von oben gezogenen Respektabilitätsgrenzen zu eigen und richten sie gegen sich selbst (Versagens- und Schuldgefühle bis hin zum Selbsthass) und gegen andere (Aufwertung der eigenen Position durch Abwertung anderer), grenzen sich gegen die wei-

2 Hilmer & Kohlrausch u.a. resümieren in ihrer eher sozial-ökonomisch ausgerichteten quantitativen Analyse: «Zusammengefasst könnte man also insgesamt formulieren, dass es weniger reale Entbehrungen, sondern vor allem eine Kombination aus wahrgenommenen Abstieg in der Vergangenheit und Abstiegsängsten in Bezug auf die Zukunft sind, die dazu führen, dass Menschen AfD wählen oder es grundsätzlich in Erwägung ziehen. (...) (Diese) befinden sich überwiegend nicht in einer finanziell prekären Situation, aber sie fühlen sich vor möglichen Krisen in der Zukunft nicht ausreichend geschützt.» (2017, S. 33.)

ter unten ab; oft findet man beides bei ein und derselben Person. Klassismus, Rassismus und Sexismus sind die gesellschaftlich wirksamsten Formen der Konstruktionen von Ungleichwertigkeit. Jedoch ist dies keineswegs ein Automatismus, nicht notwendige Folge.

Als weitere Teil einer verallgemeinerten Kultur der Unsicherheit sind neben der (a) *Verunsicherung durch Prekarität* – grob gesagt – folgende Dimensionen von besonderer Bedeutung: Eine Krise neoliberaler Geschlechterverhältnisse (wird in diesem Zusammenhang selten thematisiert, ist aber zentral): hier zunächst die (b) *Verunsicherung durch die Krise der männlichen Subjektivität*. Neue männliche Individualitätsformen konnten im Neoliberalismus nie verallgemeinert werden (Stichworte: mehr «emotionale Intelligenz», selbstreflexive und konkurrenzfähige Kooperations- und Kommunikationsfähigkeiten, Gleichberechtigung, anti-sexistische Diskurse etc.); vielmehr erleben viele eine Art «Verweiblichung» der Anforderungen an Männer in der Arbeit bis hin zu Haushalt und Kindererziehung, sie sollen sogar auf übermäßigen Fleischkonsum verzichten. Neue Flexibilitätsanforderungen auf dem Arbeitsmarkt werden in zahlreichen Berufen begleitet von Erfahrungen von Frauen als Konkurrenz, während Männern zugleich immer weniger der Status des Familienernähers zukommt, Geschlechterhierarchien sich teilweise umkehren. Ganze männlich dominierte Branchen und mit ihnen verbundene Formen der Naturausbeutung werden in Frage gestellt, vom Bergbau bis zur Automobilproduktion. Eine spezifische Form männlicher Facharbeit wird durch permanente neue technologische Anforderungen und Druck zur Weiter- und Höherqualifikation entwertet.

Daraus ergeben sich vielfältige Erfahrungen der Unfähigkeit im Umgang mit den neuen Anforderungen, das Gefühl nicht mithalten zu können, nicht anerkannt zu werden.

Daraus ergeben sich vielfältige Erfahrungen der Unfähigkeit im Umgang mit den neuen Anforderungen, das Gefühl nicht mithalten zu können, nicht anerkannt zu werden. Es erwächst eine Sehnsucht nach vermeintlich alten und stabilen Familienbildern, Rollenteilungen und Arbeitsformen. Ein breit verankerter Sexismus und die Ablehnung veränderter Geschlechterrollen kann in einer solchen Situation eine starke Aufwertung erfahren. Dies erklärt vielleicht auch, weshalb der Anti-Feminismus so zentral ist in der autoritären Rechten und warum diese so männlich geprägt ist.

Es gibt aber auch eine (c) *Verunsicherung durch die Krise der weiblichen Subjektivität*: Emanzipationsversprechen über berufliche Eingliederung stoßen an diverse «gläserne Decken», schlechtere Bezahlung, etc., vor allem allgegenwärtige Flexibilitätsanforderungen erweisen sich häufig als unvereinbar mit Familienleben – selbst bei egalitärerer Aufteilung der Reproduktionsarbeit oder bei Delegation an Dritte (häufig illegalisierte Migrantinnen oder die

Großeltern) funktioniert das «neue Familienmodell» (Winker) nicht: aufgrund gestiegener Anforderungen in der Arbeit, aber auch an Kindererziehung und Partnerschaft (z.B. Konkurrenzdruck in den Bildungsinstitutionen, Anforderungen an die eigene Fitness etc., aber auch eigene Anforderungen an «Quality Time» mit Kindern und Partner) – aus der Zerrissenheit zwischen den Fremd- und Eigenanforderungen kann eine Sehnsucht nach alten Familienbildern und der Überhöhung von Mütterlichkeit entstehen, insbesondere wo sich die Erfahrungen mit konservativen Wertvorstellungen treffen. Dies mag ein Grund sein, weshalb Frauen eine so antifeministische autoritäre Rechte wählen – ein liberaler Feminismus war hier zu wenig in der Lage, diese Probleme zu artikulieren. Dies gilt insbesondere für Frauen aus den populären Klassensegmenten.

(d) *Verunsicherung durch Veränderung und Pluralisierung von Lebensweisen*: Die alte fordistische Lebensweise gilt nicht mehr als Normalitätsanspruch, bei gleichzeitiger Auflösung alter Milieus, lokaler Lebenswelten. Identifikationsangebote wie «Nation» und «nationale Kultur» (und wenn es nur der Fußball oder die Sprache ist) werden unterlaufen durch EU, Kosmopolitismus, globale Konkurrenz und Einwanderung oder erzwungene Mobilität durch die Arbeit. Die Erfahrungswelten des qualifizierten Facharbeiters gelten nicht länger als Maßstab, werden verunsichert und stellenweise «proletarisiert». Die

Die neue Anforderungen werden als Druck zu «politischer Korrektheit» empfunden, teilw. auch tatsächlich erlebt. Dies trifft auf verbreitete Vorurteile und kann umschlagen in aggressive Ablehnung und Intoleranz.

überkommene Lebensweise gilt mittlerweile als spießig gegenüber einem modernisierten urbanen Lebensstil, stark akademisiert, «kosmopolitisch», multikulturell und multilingual, mit gendersensibler Sprache, ökologischer Lebensführung, Biokost, gar veganer Ernährung und Mülltrennung. Dazu

gehört die (empfundene und medial vermittelte) Selbstverständlichkeit einer (auch offensiven) Sexualität von LGBTs (Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender) bis in die Kindererziehung hinein – Heterosexualität gilt fast schon als «Verklemmtheit», so die subjektive Sicht. Auch wenn andere Lebensweisen und sexuelle Identitäten objektiv nur etwas mehr ihre Sichtbarkeit einklagen gegenüber der immer noch dominierenden Heteronormativität. Zusammengekommen wirkt dies verunsichernd und wird umso heftiger bekämpft. Die neue Anforderungen werden als Druck zu «politischer Korrektheit» empfunden, teilw. auch tatsächlich erlebt. Dies trifft auf verbreitete Vorurteile und kann umschlagen in aggressive Ablehnung und Intoleranz.

(e) *Verunsicherung des eigenen Sicherheitsbedürfnisses durch «Bedrohungen von außen»*: Hier kombinieren sich Erfahrungen des Niedergangs sozialer Infrastrukturen (insbesondere des Bildungssystems, des ÖPNV, der Verwaltung

und Polizei, öffentlicher Sicherheit) mit der Verschiebung von neoliberaler Verursachung auf äußere Eindringlinge von der «Einwanderung in die Sozialsysteme», der «Kanakisierung der Schulen» und «Parallelgesellschaften», der «NAfrIs» (Nordafrikanische Intensivtäter), Islamisten und Terror, aber auch Bedrohung von Jobs durch europäische Reformen, ausländische Konzerne und Billiglohnkonkurrenz im Ausland. Vielfach trifft dies auf verankerte rassistische Einstellungen, die auch vor diesem Hintergrund in ihrer Bedeutung für die Einzelnen höher gewichtet werden. Hinter der (auch medial verstärkten) Übertreibung der vorher genannten Phänomene stehen jedoch reale Problemlagen, deren Verursachung entnannt wird, auch weil komplexe Zusammenhänge etwa in Nachrichten oder auch «Sozialen Medien» auseinandergerissen – und in einigen Fällen bizarr (etwa mit verschwörungstheoretischen Mustern) wieder zusammengesetzt werden.

(f) die *Verunsicherung durch Entdemokratisierung und organisierte Verantwortungslosigkeit*: Wer entscheidet über die neue Anforderungen, welche Lebensweisen und Identitäten werden noch repräsentiert, wo darf ich noch mitreden – von der Familie, über meine Identität und wie ich leben will, bis hin zur Arbeit in transnationalisierten Produktionsketten oder unter der Despotie im Niedriglohnsektor? Der ökonomische Imperialismus lässt die Verantwortlichkeit verschwinden. An einen übermächtigen, globalisierten Markt kann man keine Ansprüche formulieren. Die Politik scheint sich zu Gunsten der Märkte (selbst) entmachtet zu haben, erscheint nur noch als «abgehoben» und «korrupt». Demokratie erscheint als Schauspiel, ohne reale Mitwirkung und Mitentscheidung zu ermöglichen. Auch hier steht hinter oft schief formulierten Problembeschreibungen und Anschuldigungen eine reale Erfahrung. Die Erfahrung der Einflusslosigkeit und Ohnmacht, keine «Kontrolle» über das eigene Leben und die Lebensumstände zu haben, kann umschlagen in Rückzug und «adressatenlose Wut» (Detje u.a. 2013), die zugleich mit einem «extremen Fatalismus» (Haug 1993, S. 229) gepaart ist: «Man kann doch sowieso nichts machen.»

Kommen die verschiedenen Dimensionen zusammen, kann sich dies in einer «manchmal an *Panik* grenzenden» Unsicherheit verdichten (Balibar & Wallerstein 1990, S. 271). Tatsächlich mobilisiert und schürt die radikale Rechte «moralische Paniken», so Alex Demirović im Anschluss an Stuart Hall (2018, S. 29). Die Subalternen werden durch diese auch medial verstärkte Paniken

«ermutigt, die vom Denken, vom Begreifen zunehmend abgespaltete Gefühle in Ressentiments, rassistische Praktiken, in Kälte und Entsolidarisierung zu übersetzen – sie werden dafür belohnt mit Aufmerksamkeit und Bekümmernis von oben: «wir haben verstanden, wir nehmen die Sorgen der Menschen ernst» (ebd., S. 32).

Bizzarer Alltagsverstand und rechter Populismus

Vielfach handelt es sich um «bizarren zusammengesetzten Alltagsverstand» (Gramsci), nicht um ein geschlossenes Weltbild, sondern um «*protoideologisches Material*» (Haug 1993, S. 52), also noch nicht ideologische Impulse und Elemente des Fühlens und Denkens. Der Impuls der Unzufriedenheit ist noch nicht selbst ideologisch. Dies hängt davon ab, wie er sich mit anderen Elementen artikuliert oder artikuliert wird. Die Unzufriedenheit kann in solidarische, horizontale Praxen der Selbst-Vergesellschaftung von «unten» gewendet werden oder eben in herrschaftsförmige, hierarchische, abwertende und ausgrenzende etc. Praxen.

Es geht also *nicht so sehr um rechte Einstellungen*, die zu- oder abnehmen (so etwa die bekannten «Mitte»-Studien von Decker & Brähler 2016), sondern darum, wie bestimmte, durchaus widersprüchliche proto-ideologische Impulse, Gefühle, Denkformen, Begehren und Hoffnungen, die auch unverbunden neben (und gegen)einander im Alltagsverstand stehen können, eben bizzarr zusammengesetzt, in ein politisches Projekt eingebaut und kohärent gearbeitet werden.

Dies ist kein einseitiger Prozess: Das proto-ideologische Material wird einerseits durch die ideologischen Instanzen, etwa Medien oder Parteien, aber auch Schule, Betrieb, Verein oder Familie, in fortwährenden Diskursen geformt. Andererseits schreiben sich die Einzelnen aktiv im Sinne der Subjektivation in solche politischen Diskurse ein, passen sie ihre jeweiligen Bedingungen an, so dass sie dadurch tatsächlich eine mindestens relative, restriktive Handlungsfähigkeit erlangen. Die Frage ist, «wie die einzelnen sich einbauen in die vorhandenen Strukturen (und Diskurse) und dabei sich selber formen» (Haug 1983, S. 16). Zu fragen ist natürlich auch, weshalb linke oder solidarische Diskursangebote weniger erfolgreich sind als andernorts, etwa in Spanien oder Griechenland (vgl. Candeias & Völkel 2013).

Wenn die Erfahrung solidarischer Praxen fehlt oder die Erwartung in ihr Gelingen nicht vorhanden ist, kann dies in eine eigensinnige Dissidenz führen, wie sie auch von der radikalen Rechten vertreten wird: sie steht zugleich für eine konservative Bewahrung gegebener gesellschaftlicher Verhältnisse wie für ihre partielle Infragestellung von rechts. Von kleinen Gruppen abgesehen, dominiert ein extremer Fatalismus, der um seine Machtlosigkeit gegen «die da oben» weiß, die rebellische Geste inszeniert und mit einem «extremen Voluntarismus» (Haug 1993, S. 229) verbindet, gegen schwächere gesellschaftliche Gruppen «unten und außen», im Wissen um die geringe Gefahr einer Sanktionierung.

Diese Haltung steht in «Opposition zum herrschenden Block», ist aber eben nur «gefährlich», wo eben *nicht* an die Grundlagen der Herrschaft gerührt werden soll» (ebd., S. 222). Die radikale Rechte ermöglicht den Einzelnen

einen nonkonformistischen Konformismus, in dem die widerständige Haltung sich zwar gegen die Instanzen der Herrschaft (gegen «die da oben») richtet, sie aber zugleich anruft, für den praktischen Widerstand zur Abwertung und Ausgrenzung des «Anderen», der Migrant*innen, der Arbeitsscheuen, der versifften 68er, der Feministinnen etc. Dies kann als Stabilisierung restriktiver Handlungsfähigkeit unter verschärften Bedingungen der Unsicherheit erlebt werden.

Der neue Autoritarismus kann als Bemühen gelesen werden, «ein Bündnis von oben her mit Gruppen des Kleinbürgertums und der Arbeiterklasse herzustellen, ohne dass die bürgerliche Klasse Zugeständnisse machen müsste. Er funktioniert wie eine Art Kurzschluss zwischen Kräften der Bourgeoisie und den Subalternen» (Demirović 2018, S. 34). Dabei kommt es nicht zu einer Ablehnung, sondern zu ihrer reaktionären Umarbeitung – was Victor Orban «illiberale Demokratie» nennt –, «eine plebiszitäre Strategie, die entlang rassistischer, nationalistischer, religiöser, sexistischer oder naturausbeuterischer Linien spaltet und mobilisiert, den bizarren Alltagsverstand reproduziert und die Subjekte neurotisiert» (ebd.).

Diese Art der Mobilisierung ist mit einer Art imaginierten Ermächtigung der Subalternen verbunden. Sie operiert angesichts der verbreiteten Ohnmachtserfahrungen mit dem Versprechen einer Rückgewinnung der «Kontrolle» gegen und der «Sicherheit» vor der äußeren und inneren Bedrohung. Sind die verschiedenen Elemente einmal in dieser Weise artikuliert und verknüpft, ist es ungleich schwieriger, sie wieder zu lösen.

Eine gewaltförmige Sprache und affirmativ-relativierende Positionen gegenüber physischer Gewalt von rechts ebnet den Weg zu einer Brutalisierung des Alltags, worauf wiederum mit Sicherheitsdiskursen zur Aufrüstung der repressiven Apparate geantwortet wird. Die Erweiterung des Raumes des «Sagbaren» («man wird es ja mal sagen dürfen») erweitert auch den Raum «des Handelns» von Hassäußerungen bis zu Gewalttaten.

Dazu kommt eine offene Gegnerschaft zu Parlamentarismus und Parteien, die demokratische Verfahren verunglimpft und das Parlament nur als Bühne nutzt (eine Praxis, die schon mit den Neoliberalen begann, dann aber von Politikern wie Berlusconi, Orban, Gauland oder Trump offensiv eingesetzt wird). Hinzu gesellt sich der Versuch der politischen Kontrolle der Judikative (bspw. in Polen, Ungarn, den USA oder der Türkei), der Einschränkung der Pressefreiheit oder mindestens der Verunglimpfung als «Lügenpresse», die Relativierung von Wahrheit mittels Fake-News und Verschwörungstheorien, häufig verbunden mit einem groben Geschichtsrevisionismus (insbesondere in Osteuropa). Minderheitenrechte, Frauenrechte, Gewerkschaftsrechte werden von der radikalen Rechten als erste angegriffen, aber auch die Wissenschaftsfreiheit gilt nichts (Türkei, Ungarn, Spanien).

Kurz, wir können vielfältige Tendenzen der Faschisierung erkennen, die eine demokratische und solidarische Lebensweise in Frage stellen. Ich sage Faschisierung, nicht Faschismus, um Tendenzen zu benennen, es geht nicht um ein voll entfaltetes faschistisches Regime.

Der Zusammenhang von Rassismus und Klassen von unten als restriktive Handlungsfähigkeit und reaktionäre Selbstermächtigung

Eine zentrale Rolle spielt bei alledem die Produktion und Bekämpfung des «Anderen». Die immer schon enorme Heterogenität der lohnarbeitenden Klasse kann zwar in solidarischer und horizontaler Vielheit auch fruchtbar verbunden werden. Die Heterogenität liefert aber auch die Grundlage für gezielte Spaltungsprozesse von herrschender Seite durch Fraktionierung und Einbindung von Teilen in hegemoniale Projekte. Breit im Alltagsverstand vorhandene Elemente von Chauvinismus, Rassismus, Sexismus und Klassismus, aber auch berufsständischer Abgrenzungen, von Konsum- und Lebensstilen etc. werden genutzt, um aus kleinen Unterschieden wirkliche Spaltungen zu produzieren.

Ein verbreitetes Muster ist, die drohende oder reale eigene Abwertung durch Abwertung anderer zu kompensieren, denn das Gefühl der eigenen Würde und der gesellschaftlichen Stellung ist ein relationales, vergleicht sich mit der Position anderer. Weise ich anderen eine Stellung weiter unten in der gesellschaftlichen Hierarchie zu, bin ich selbst nicht unten, eventuell sogar Teil der Mitte, gehöre dazu, mindestens als Teil der Nation, in diesem Fall einer erfolgreichen Export- und Fussballnation (auch wenn letzteres leicht angeknackst sein mag).

Rassismus und Nationalismus waren im Alltagsbewusstsein stets vorhanden, blieben jedoch in einer untergeordneten Rolle, kamen hie und da zum Ausbruch, aber nicht systematisch. Dass sie so an Bedeutung gewinnen, ist auch ein «Symptom des Mangels effektiver Klassenauseinandersetzungen» (Balibar & Wallerstein 1990, S. 259). Im Moment der Verallgemeinerung einer Kultur der Unsicherheit und einer Krise des alten hegemonialen Projekts (des Neoliberalismus), verändert sich die Artikulation der einzelnen ideologischen Elemente: was vorher randständig oder etwas weniger bedeutend war, kann nun eine andere Position in der ideologischen Struktur erhalten, gar zu einem Verdichtungspunkt eines neu/alten Projekts werden.

Von herrschender Seite werden immer schon Teile der Subalternen aus der Klasse herausgebrochen und in ein hegemoniales Projekt integriert, um auf diese Weise den «Klassenkampf intern aufzuspalten» (Hall 1994, S. 131). Dies ist kein Bewusstseinsphänomen, sondern mit der Realisierung realer Interessen verbunden: im Fordismus resultierte dies angesichts der Kräfteverhältnisse

und einer erstarkenden Arbeiterbewegung in einem Klassenkompromiss mit breiter Basis, der auch ein Außen produzierte, patriarchal und paternalistisch geprägt war – aber eben auf breiter Basis. Im Neoliberalismus wurde die Basis der Klassenkompromisse immer schmaler, begrenzte sich mehr und mehr auf sogenannte Kernbelegschaften und aufsteigende Hightech-Spezialisten. Der Export- und Standortnationalismus, erkaufte mit Austerität und Lohnzurückhaltung, sichert aber immer noch für Teile der Klasse eine gewisse, wenn auch umkämpfte Teilhabe. Diese Art des «Klassenkompromisses» ist verbunden mit hohen Kosten der Unterordnung, verschärfter Flexibilitäts- und Leistungsanforderungen etc. Dieser Klassenkompromiss mit immer geringeren Zugeständnissen mobilisiert zugleich die ungeheuren «Ängste, im universellen Kampf aller gegen alle nicht mitzuhalten» (Haug 1993 – in Anlehnung an Hobbes –, S. 228).

Evidenz erhält dies durch immer neue Erfahrung, immer neue Belastungen, etwa steigender Sozialversicherungsbeiträge und Steuern bei sinkenden Leistungen des Staates, durch die Wiedervereinigung, durch steigende Arbeitslosigkeit, durch Europa, dann durch die Ankunft Hunderttausender Geflüchteter. Die «Mittelklasse» als «Leistungsträger» der arbeitenden Gesellschaft wird immer mehr belastet – auch wenn die wahre Belastung durch die dramatische Umverteilung von unten nach oben entsteht, so ist diese weniger sichtbar und schwer zu artikulieren. Wenn man sich gegen die Mächtigen wenden wollte, müsste man sich doch gegen jene wenden, die «mir und meinesgleichen» (meiner Klassenfraktion) den Eintritt in den Klassenkompromiss gewährt haben, wenn auch in untergeordneter Position – (und man müsste mit Repressionen rechnen, im Alltag, im Betrieb oder auf der Strasse, wie derzeit die Gelbwesten in Frankreich).

Evidenz erhält dies auch durch die verschärfte Konkurrenz um gering-qualifizierte Jobs, um Wohnungen, Zugang zu und Qualität öffentlicher Dienstleistungen (Kitas, Schulen), um öffentliche Räume – auch wenn die Ursache in der permanenten neoliberalen Restrukturierung liegt, so wird durch die Ankunft der Geflüchteten erwartet, dass «noch weniger für mich bleibt».

Je stärker der Druck, desto heftiger die Aufkündigung der Solidarität gegenüber den Gruppen außerhalb des Klassenkompromisses – aus der Mitte heraus.

Alle diese Anforderungen und Zumutung sollen auch – und zwar verschärft – für andere gelten – bis hin zur Aberkennung individueller und sozialer Bürgerrechte. Je stärker der Druck, desto heftiger die Aufkündigung der Solidarität gegenüber den Gruppen außerhalb des Klassenkompromisses – aus der Mitte heraus. Ein Teil der vom Ausschluss Bedrohten oder real Ausgeschlossenen will mit Vehemenz dazu gehören, kämpft um die Anerkennung, übernimmt dafür die Abgrenzung und Abwertung gegenüber der eigenen Gruppe, um sich abzusetzen.

Wenn es zutrifft, dass «die rassistische Ideologie im wesentlichen eine Ideologie der *Zwischenklassen* ist», nicht nur im Sinne relativ ab- oder aufsteigender Klassensegmente, sondern in Verbindung mit «einer aktiven Negation der Klassensolidarität» (Balibar & Wallerstein 1990, S. 263), wird auch die radikale Rechte oder die AfD im Speziellen als übergreifendes Klassenbündnis verständlich: von absteigenden Teilen der Lohnabhängigen, vom Abstieg bedrohter Teile der ins Kleinbürgertum gewechselten Facharbeiter, die ihr

Die Mischung aus verschärften Anforderungen und Zumutungen, eigenen Abwertungserfahrungen, Unsicherheiten, [...] ergibt eine radikal rechte Artikulation [...] zunächst unabhängiger Phänomene.

Eigenheim und erreichtes Konsumniveau verteidigen, von aufsteigenden Leistungsindividualisten, durch Globalisierung unter Druck stehender mittelständischer Unternehmerfamilien, ja auch jener bürgerlichen Intellektuellen, die eine mangelnde

Anerkennung und Marginalisierung ihrer Positionen erfahren haben (von Prof. Lucke bis zu Gauland). Bei den absteigenden Klassenfraktionen kann sogar von einem Übergang von der Verunsicherung hin zur manifesten bzw. drohenden Deklassierung (vgl. Kahrs 2018b) gesprochen werden.

Die Mischung aus verschärften Anforderungen und Zumutungen, eigenen Abwertungserfahrungen, Unsicherheiten, Versuchen der Selbststabilisierung über imaginäre Gemeinschaften und rassistische und andere Formen der Abwertung anderer ergibt eine radikal rechte Artikulation (oder Verbindung) zunächst unabhängiger Phänomene. Und in der Kategorie der Migration fällt «das rassische Stigma mit dem Klassenhass» gegen weiter unten in der gesellschaftlichen Hierarchie angesiedelte Gruppen zusammen (Balibar & Wallerstein 1990, S. 249). «In dem Maße, wie sie ihre Ängste und Ressentiments, ihre Verzweiflung und ihren Trotz auf die Fremden projizieren, bekämpfen sie nicht nur die *Konkurrenz*, wie es heißt, sondern versuchen sie, sich von ihrem eigenen Ausgebeutetsein zu distanzieren. Sie hassen sich selbst als Proletarier oder als Menschen, die in die Mühle der Proletarisierung zu geraten drohen.» (Ebd., S. 258) Eine ständige Wechselwirkung und Verschränkung von «Klassen-Rassismus» (oder auch Klassismus) und «ethnischem Rassismus» (ebd.) – gegen weiter «unten» und «außen». Die Anrufung des Rassismus (oder auch des Antisemitismus bzw. der Judenfeindschaft) wirkt «mit einem Schlag, wie wenn man einen Magneten auf zerstreute Eisenfeilspäne richtet», der das ganze politische Feld «umordnen kann» – es ist nun möglich, einen radikalen «Populismus-von-rechts zu organisieren, d.h. eine Volkskonstitution herrschaftlichen Typs vorzunehmen» (Haug 1993, S. 222).

Vor diesem Hintergrund wird die Repositionierung der Bedeutung des Rassismus und Chauvinismus im Alltagsverstand verständlich als kohärent

arbeiten und diese einbauen in neue ideologische Angebote aus der autoritären Mitte und von radikal rechts. Hier ergibt sich der aktiv produzierte Übergang von einem latenten und manifesten Alltagsrassismus in ein politisches Projekt, welches eine offen rassistische Lebensweise legitimiert. In diesem Übergang erleben wir das «In-Erscheinung-Treten, das Aktiv-Werden» (ebd.) von Zwischenschichten und -klassen, die noch nicht oder kaum mehr sichtbar wurden. Auch wenn sie dabei von den herrschenden Klassen kaum etwas zu erwarten, für ihre eigene Lebenssituation kaum etwas zu gewinnen haben, soll (auch im Wissen, das die Migrant_innen keineswegs in großer Zahl abgeschoben werden) zumindest gesichert werden, dass die Konkurrenz abgemildert wird, durch Unterschichtung des Arbeitsmarktes, indem Geflüchtete und «Neuankömmlinge» weitestgehend ihrer Sozial- und Arbeitsrechte beraubt werden.

Dies ist mehr als eine «Verführung» durch rechte «Rattenfänger», als vielmehr aktive Subjektivierung, das Einschreiben der Einzelnen in ein rassistisch-nationalistisches Projekt, welches ihnen eine beschränkte restriktive Handlungsfähigkeit und reaktionäre Selbstermächtigung ermöglicht.

«Rasse» wird dann zu einer «Modalität, in der Klasse <gelebt> wird, das Medium, in dem Klassenverhältnisse erfahren werden, die Form, in der sie angeeignet und <durchgekämpft> werden. Dies hat Konsequenzen für die Klasse insgesamt, nicht nur für ihr <rassistisch definiertes> Segment – Konsequenzen im Sinne einer inneren Fraktionierung und Spaltung der Arbeiterklasse» (Hall 1994, 133)

und des Einbaus eines spezifischen Klassensegments in ein Herrschaftsprojekt von «oben». Die Subjektivierung in eine autoritär-populistische Folgebereitschaft

«erweitert die Spielräume bestimmter Fraktionen des Machtblocks und schränkt zugleich den Bewegungsspielraum der popular-demokratischen Kräfte ein, die sich nicht (mehr) wie selbstverständlich auf die emanzipatorischen und solidarischen Tendenzen bei den Subalternen beziehen können» (Demirovi 2018, S. 41).

Dies erklärt, weshalb der Rassismus oder – neutraler – die Frage der Migration derzeit eine solche Zentralität gewinnen konnte. Das Problem ist nur, die gesellschaftliche Linke oder emanzipatorische Kräfte können auf demselben Terrain keine Geländegewinne erzielen, keine Menschen zurückgewinnen, da sie in dieser Frage keine konkreten Nutzen für die Einzelnen haben. Ein Terrainwechsel ist notwendig.

Subjektorientierte Forschung und aufsuchende, verbindende Klassenpolitik

Zurück zu den vielfältigen Dimensionen einer verallgemeinerten Kultur der Unsicherheit in der organischen Krise des alten neoliberalen Projektes: der Verunsicherung in der Arbeit, in der Familie, der Nachbarschaft oder Region, der Perspektiven, ja der eigenen Geschichte, Identität, Geschlechtlichkeit, der Lebensweisen. Diese Verunsicherung bietet die Grundlage für subjektive Bewältigungsstrategien, die in Zeiten mangelnder Erfahrung solidarischer Praxen von rechts ein Angebot zur Erhaltung und Erweiterung eigener, restriktiver Handlungsfähigkeit und reaktionärer Selbstermächtigung erhalten.

Auf derselben Grundlage lässt sich aber auch von links oder solidarisch anknüpfen, da bei vielen kein geschlossenes Weltbild vorherrscht, sondern eben bizarres Alltagsbewusstsein, indem ganz gegensätzliche Impulse nebeneinander stehen. Zwar ist es schwieriger, die Einzelnen für solidarische Praxen zurück zu gewinnen, wenn sie sich in ein radikal rechtes Projekt selbst eingeschrieben haben, welches ja gerade versucht, den bizarren Alltagsverstand in eine kohärente rechte Weltauffassung und rassistische Lebensweise auszuarbeiten. Dennoch wissen viele, dass auch die AfD ihre alltäglichen Probleme der oben genannten Verunsicherung nicht wirklich lösen werde, verspüren ein Unbehagen mit den Rechten. Wie also anschließen an die Unsicherheit?

Dies ist seit einigen Jahren eine Debatte in der gesellschaftlichen Linken rund um eine aufsuchende, sogenannte verbindende Klassenpolitik (vgl. Luxemburg Sonderheft 2017), die über die Verbindung der politisch Aktiven, über die «üblichen Verdächtigen» (Candeias 2017) hinaus geht und dies in Projekten vor Ort erprobt. Das heißt konkret auch einfach Dinge zu tun, die manchmal so schwer erscheinen: etwa die Leute aufzusuchen, an den Türen zu klingeln, insbesondere in benachteiligten Vierteln, bundesweit (vgl. Steckner 2017a; Pieschke 2016). Verbindungen knüpfen – das braucht einen langen Atem. Zuhören, diskutieren, zu lokalen Treffen einladen, die sich um lokale Alltagsprobleme drehen, etwa rund ums Thema Wohnen. Wiederkommen, noch einmal versuchen. Für beide Seiten eine überraschende Erfahrung, überhaupt mal gefragt zu werden und persönlich in ein Gespräch über Alltagsprobleme und Politik zu kommen.

Bei bundesweiten Haustürbefragungen sind Aktivist*innen dabei auch

«immer wieder auf vorurteilsbeladene Ressentiments, Alltagsrassismus und sprachliche Gewalt gestoßen, auch bei links gegenüber aufgeschlossenen Personen. Aber: Die wenigsten verfügten über ein geschlossenes Weltbild oder sind mit Argumenten völlig unerreichbar – anders als die gegenwärtige Debatte um postfaktisches Denken vermuten ließe. Vielmehr

bestand die Herausforderung darin, über kluge Nachfragen gemeinsame Interessen zur Sprache zu bringen, und dabei weder die eigenen Positionen zu schleifen noch den Leuten ihre Erfahrungen abzusprechen»,

meint Anne Steckner (2017b) bei einer ersten Auswertung der Haustürbefragungen.

Auf die Frage, was sich ändern müsse, damit es besser wird, wurde etwa geantwortet: «Die Asys müssen weg!» oder Ähnliches. Auf die Rückfrage, ob es besser war, bevor die Geflüchteten kamen, oder ob sie erwarten, dass es dann besser werden würde, wenn sie wieder weg sind, kam eigentlich immer die Antwort: «Nein, ich weiß schon, dass sich dann nichts ändert, auch mit der AfD nicht! Und dann begannen sie über ihre wirklichen Probleme zu sprechen, dass sie drei Kinder habe, Hartz-IV beziehe, es nicht reiche, weder für die Miete oder das Essen noch für Geburtstagsgeschenke für die Kinder usw.

Also genau hinschauen und die Erreichbaren unter den Befragten ernst nehmen, Gemeinsamkeiten so weit ausloten, wie es möglich ist, ohne sich zu verbiegen. Und Ansichten so zu hinterfragen, dass man das Gegenüber nicht ganz verliert.. Felix Pithan, Landessprecher der LINKEN Bremen, betont:

«Meine Erfahrung von heute sagt mir, dass es nicht nur falsch, sondern auch gar nicht nötig ist, unseren Antirassismus zu verstecken oder gar abzulegen, um (wieder?) mit Menschen ins Gespräch zu kommen, deren Alltagsverstand zumindest von rassistischen Versatzstücken gespickt ist. Ich habe rassistische Äußerungen hinterfragt oder ihnen offen widersprochen, und konnte dennoch mit den Leuten über zu niedrige Renten und zu teure Kitas sprechen.»

Auch andere waren an den Türen: Es gibt eine «Diskrepanz» zwischen dem, was die Befragten «als ‹größtes Problem› des Landes» ansehen – nämlich Migration – und das, was im eigenen Alltag als Hauptsorge gesehen wird – nämlich «unsichere Arbeitsbedingungen, Wegfall von sozialer Infrastruktur und so fort», so die Ergebnisse einer Studie von Johannes Hillje u.a. (2018), die ebenfalls auf Basis von 500 Haustürgesprächen in Frankreich und Deutschland entstanden ist.

«Bemerkenswert erscheint, dass die Befragten in Deutschland zwar Migration zum größten Problem des Landes erklären, aber wenn sie selbst als Politiker Veränderungen durchsetzen könnten, wären diese in erster Linie sozialpolitischer Natur: Mindestrente, höherer Mindestlohn, bedingungsloses Grundeinkommen und die Unterstützung Alleinerziehender.» (Ebd., S. 15 f.)

Und weiter: «Wenn die Menschen politische Zusammenhänge mit ihren eigenen Worten schildern, spielen Islamisierung, Europaskepsis, pauschale Medienkritik oder die Betonung der nationalen Identität kaum eine Rolle», so heißt es in der Untersuchung. Auch würden «Forderungen nach einem nationalistisch orientierten Kurs» im Wesentlichen auf dem Gefühl beruhen, «dass die Politik die falschen Prioritäten setzt», dass «Anstrengungen und Investitionen vor Ort ausbleiben, um handfesten Herausforderungen im Alltag, wie dem steigenden ökonomischen Druck auf Geringverdiener oder Lücken in der Daseinsvorsorge, zu begegnen». Viele Befragte würden zudem glauben, «dass sozial und geographisch Gesellschaftsräume entstanden sind, aus denen sich die Politik zurückgezogen hat. Es herrscht ein Gefühl des Verlassenseins».

Weder der AfD noch dem Front National werden Lösungskompetenzen zugetraut (Hillje 2018, S. 10). Das Wissen, dass die AfD nichts ändert, begegnete auch uns bei Haustürbefragungen ihrer Wähler*innen immer wieder. Es geht häufig eher um den Wunsch gehört zu werden, um einen anderen Modus, Politik zu machen: mehr entlang der alltäglichen Sorgen und Nöte, der «wirklichen Probleme» der Leute.

Wir interviewten einen Mann mittleren Alters, der einst die Linke wählte. Nach Jahren der Enttäuschung wählte er dann die AfD. Als wir sprachen, war er bereits skeptisch, ob sich damit etwas ändere. Wir luden ihn zu einem längeren Gespräch. Nach einer Weile meldeten wir uns wieder. Er kam zur lokalen Bürgerinitiative (ein von uns begleitetes Pilotprojekt zur Organisation wechselseitiger Strukturen der Solidarität). Inzwischen wählt er wieder die Linke – viel wichtiger ist aber, er versucht mit anderen zusammen, gemeinsam etwas für das Viertel und die Menschen dort zu tun. Dies ist kein Einzelfall. Aber es ist mühsam.

Ausgehend von solchen Praxen, die an sozialen Problemen ansetzen, kann die Erfahrung von Solidarität die Bedeutung vorhandener rassistischer oder sexistischer Versatzstücke im Bewusstsein wieder relativieren. Allerdings darf es nicht dabei bleiben, zu einer stillschweigenden Toleranz dieser Ideologeme kommen. Vielmehr müssen sie dann auch aktiv bearbeitet werden, durch kontinuierliche Aufklärung und Schulung, vor allem aber durch die Schaffung von Erfahrungsräumen solidarischer Praxis, in denen hier Lebende unabhängig von ihrem Migrationshintergrund und neu Angekommene zusammen wirken, um z.B. die Bedingungen im Viertel oder bei der Arbeit zu verbessern.

Von dort kann es weiter gehen in konkrete Organisation in benachteiligten Wohnvierteln, sogenannten sozialen Brennpunkten, in Mieterinitiativen, Hartz-IV-Beratung, systematische Unterstützung von Arbeitskämpfen der Beschäftigten, ob bei Amazon oder an den Krankenhäusern, in Willkommensinitiativen etc. – kurz beim Aufbau solidarischer Strukturen im Alltag, als Ort

wechselseitiger Hilfe und politischer Organisierung. In all diesen Bereichen gibt es auch bereits zahlreiche Aktivitäten und Initiativen. Wie das geht, kann gelernt werden, erfordert systematische Trainings und die Überwindung von Berührungängsten gegenüber dem «Anderen».

Dies ist bisher auch der einzige Weg, verlorene Teile der popularen Klassen zurückzugewinnen (vgl. Candeias 2015). Es kommt ganz darauf an, wovon die jeweilige Alltagserfahrung geprägt ist, von praktischer Solidarität in der Nachbarschaft und am Arbeitsplatz oder von Konkurrenz und Vereinzelung. Deshalb ist es auch alles andere als unmöglich, dass eine gelingende solidarische Praxis anziehender ist als ein rechtes Projekt, welches nur eine imaginierte Selbstermächtigung mit sich bringt.

Allerdings darf man zwei Dinge nicht unterschätzen: a) die «imaginierten Gemeinschaften» (Anderson 1983) wie die «Nation» sind seit jeher enorm mobilisierende Anrufungen, während linke Organisierung viel Geduld und Mut erfordert, sich den wirklichen Mächten entgegenzustellen; b) die Einordnung in ein rechtes Projekt verändert die Einzelnen. Bizarr zusammengesetzte ideologische Elemente werden darin kohärent gearbeitet, fest verknüpft – sie wieder zu lösen ist ungleich schwerer als zuvor. Menschen zurückzugewinnen ist also schwerer, als sie einst vielleicht gewonnen zu haben.

... die «imaginierten Gemeinschaften» wie die «Nation» sind seit jeher enorm mobilisierende Anrufungen, während linke Organisierung viel Geduld und Mut erfordert, sich den wirklichen Mächten entgegenzustellen.

Doch ein «hilfloser Antifaschismus» (Haug 1993), der sich nun zu sehr auf die AfD und die radikale Rechte in anderen Ländern konzentriert und von einer Gegenmobilisierung zur nächsten hetzt, lässt sich letztlich defensiv das Terrain der Auseinandersetzung vorgeben. Eine antifaschistische Praxis ist zwar unverzichtbar, jedoch braucht es eine eigene Agenda konkreter Organisierung und Rückgewinnung gesellschaftlicher Initiative. Es geht um eine verallgemeinerte Handlungsfähigkeit auf dem Weg zur gemeinsamen und solidarischen Verfügung über die eigenen Lebensbedingungen – «take back control», aber «for the many not the few».

Blicken wir auf Europa

Die radikale Rechte ist bereits in zahlreichen europäischen Staaten an der Macht, in Italien, Österreich, Ungarn und Polen; Regierungsbeteiligungen gab es in Finnland und Dänemark, auch in der Schweiz. Mit den Wahlen zum Europäischen Parlament kam es nun zu weiteren Verschiebungen. Die Sozialde-

mokratie hat fast die Hälfte ihrer Sitze verloren, während die radikale Rechte dramatisch zulegen konnte, wenn auch weniger als befürchtet (inklusive PiS und Fidesz). Diese Verschiebungen im Parlament und ohnehin schon im Europäischen Rat werden wohl direkte Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Europäischen Kommission sowie auf Neubesetzungen etwa des Europäischen Gerichtshofes haben. Die politischen Verschiebungen in den Nationalstaaten kommen damit voll auf der europäischen Ebene an.

Kurzfristig ist die autoritäre und radikale Rechte in Europa kaum zurückzudrängen. Aber ihr weiterer Aufstieg kann klassenpolitisch eingedämmt werden, wenn es gelingt, einen emanzipatorischen Pol ausstrahlungskräftig zu machen (Candeias 2017b). Keine «Front aller Demokraten», sondern ein Pol gegen rechts, aber auch gegen den regierenden Neoliberalismus, die dieser Entwicklung den Weg bereitet haben (vgl. Candeias 2015).

Als Folge der großen Krise ab 2009 wird etwa seit 2011 das politische Feld in Europa umgewälzt. Zunächst verlief dieser Aufbruch auf Seiten der Linken ab 2011 hoffnungsvoll: von neuen Streikbewegungen gegen Krise und Austerität über die Besetzungen der Plätze bis hin zum Wahlsieg von Syriza. Doch jeder dieser Versuche stieß an die Grenzen einer stark institutionalisierten Macht, nicht zuletzt verdichtet in den sogenannten Europäischen Institutionen (und zuvor der Troika). Erstaunlich ist weniger die Niederlage zahlreicher Protestbewegungen und neuer linker Parteien gegenüber dem neuen Autoritarismus der Herrschenden als vielmehr, dass an unterschiedlichen Stellen in Europa die Dynamik neuer Mobilisierungen immer wieder aufbricht.

Wir erleben gerade eine Veränderung der Situation: Bei uns im Land gehen seit dem Herbst ziemlich regelmäßig Zehntausende bundesweit auf die Straße, zu Mieten (in Berlin, Hamburg, München, Stuttgart; unzählige kleine Proteste in den Kommunen), gegen rechts (#ausgehetzt oder die Demonstrationen in Chemnitz und in vielerlei Orten), gegen verschärfte Polizeigesetze sowie für Seebrücke, für Klimaschutz (wozu der Jahrhundertsssommer sicher ebenso beigetragen hat wie der Kampf um den Hambacher Forst oder seit Wochen die Fridays for Future). Schon im Herbst hatten diese Bewegungen mit #unteilbar einen sichtbaren Ausdruck und vorläufigen Höhepunkt erreicht. Die Ereignisse in und nach Chemnitz haben deutlich gemacht, wie stark die Bedrohung einer demokratischen und solidarischen Lebensweise ist. Die Frage ist, ob es gelingt, sich über symbolische Sichtbarkeit im «Herbst der Solidarität» hinaus zu organisieren und zu bündeln – und ob es gelingt, nicht nur die politisch aktiven Teile zu verbinden, sondern auch jene einzubeziehen, die sich aus vielerlei Gründen nicht selbst organisieren wollen, vielmehr eine aktive Repräsentation suchen (vgl. Candeias & Völpel 2014, S. 207 ff.). Und dies beschränkt sich keineswegs auf Deutschland.

In Frankreich wird die autoritäre Regierung von Macron die Proteste der Gelbwesten nicht los. Letztere wiederum haben sich von einer diffusen Bewegung gegen höhere Steuern auf Kraftstoffe zu einer gerichteten Kraft gegen eine autoritäre, neoliberale Regierung und für eine Verbindung von sozialen und ökologischen Fragen, von Demokratie und Vielfalt entwickelt.

In Italien sind es vor allem Städte und Gemeinden, Bevölkerung und kommunale Regierungen – von Palermo bis Neapel, von Mailand bis Bologna –, die der nationalen Regierung sowohl in Bezug auf den Umgang mit dem Flüchtlingsdrama im Mittelmeer als auch in der Sicherheits- und Migrationspolitik offen entgegenreten. Dieser Widerstand hat sich in einigen Fällen zu einem wirksamen und praktischen zivilen Ungehorsam entwickelt, etwa um Häfen zu öffnen. Massenproteste formieren sich und befördern die Bildung neuer politischer Strukturen.

In Kroatien, Slowenien oder Serbien formieren sich unterschiedliche neue Bündnisse und Parteien gegen die revanchistische Rechte und können bei Wahlen Erfolge erzielen. In Spanien konnten wir viel von den Bewegungen nach dem 15. Mai 2011 lernen, vor allem von PAH (Plattform der von Zwangsräumung Bedrohten) und den rebellischen Städten – nicht zuletzt für die Mitte-Links-Regierung und die mietenpolitische Bewegung in Berlin waren sie ganz praktische Vorbilder.

In Portugal führt eine erneuerte Sozialdemokratie zusammen mit der radikalen Linken erfolgreich eine Regierung gegen die Austerität und steht demnächst vor ihrer Wiederwahl. In Großbritannien erlebte die Labour Party mit der überraschenden Wahl von Jeremy Corbyn zum Parteivorsitzenden eine turbulente Erneuerung. Es folgten die Gründung und die Mobilisierungen der Organisation *People's Momentum* und eine neue zeitgemäße Form der Zusammenarbeit zwischen Labour und mit der Partei sympathisierenden Organisationen und Bewegungen. Labour ist nun Regierung im Wartestand. Ob das Land dann noch Teil der EU wäre oder nicht, wagt wohl derzeit niemand zu prognostizieren. Und auch in den USA schickt sich nach Jahren immer neuer Aufbrüche eine starke demokratisch und sozialistisch inspirierte Bewegung um Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez an, Trump bei den nächsten Wahlen zu schlagen.

Bei den Wahlen zum europäischen Parlament hat die Angst vor dem Erfolg der radikalen Rechten sowie dem Verlust von Freiheiten und Bürgerrechten die Anstrengungen für eine Gegenmobilisierung gestärkt. Die Polarisierung hat die seit Jahren gesunkene Wahlbeteiligung (zuletzt 43 %) wieder beflügelt. Die wachsende gesellschaftliche Stimmung gegen Rechts und für die Verteidigung einer demokratischen Lebensweise ist eine Chance. So wurde in zahlreichen Ländern der weitere Aufstieg der Rechten gestoppt oder stark gebremst, in Deutschland, Griechenland, Spanien und Portugal, Dänemark, Finnland oder den Niederlanden.

Eine erfolgreiche Gegenbewegung fehlt noch: Ich erwähnte bereits, welche starke Rolle die Verunsicherung von Geschlechteridentitäten und der Anti-Feminismus bei der Entwicklung der autoritären und radikalen Rechten innehaben. So ist es nicht verwunderlich, dass die derzeit stärkste und sichtbarste Kraft gegen Autoritarismus und Austerität eine im Entstehen begriffene neue feministische Internationale ist. Sie entwickelt sich transeuropäisch, quer durch Europa wenn auch in unterschiedlicher lokaler Ausprägung, auch international – insbesondere in den USA und Lateinamerika, Indien – und sie hat ein hohes Potenzial für linke Organisation (vgl. Wischnewski & Wolter 2019). So beteiligten sich etwa am Frauenstreik in Spanien 2018 mehr als sechs Millionen Menschen und dieses Jahr auch gezielt gegen die radikale Rechte – und auch in Polen gingen zur Verteidigung von Frauenrechten – wie dem Recht auf Abtreibung – in den vergangenen Jahren Hunderttausende auf die Straße. In Indien streikten und protestierten gar 200 Mio. Frauen – der größte Streik aller Zeiten.

Die Ansatzpunkte sind vielfältig, konkret, ob Mietenfrage, Frauenrechte, ökologische Frage oder gegen Rechts, sie verbinden Massenmobilisierung mit alltäglicher Organisation vor Ort und dem Aufbau solidarischer und politischer Strukturen. Das muss sichtbarer gemacht werden. Wir reden viel über die radikale Rechte, aber wenig über linke und emanzipative Potenziale. Lassen wir uns durch einseitige Perspektiven nicht selbst entmächtigen. Eine Geschichte «von unten» kann dies verdeutlichen, Möglichkeiten zur Handlungsfähigkeit aufzeigen. Gegen rechts helfen letztlich keine Slogans oder Bekenntnisse, sondern Praxis, die Schule macht.

Wir stehen vor einer Entscheidungssituation: Angesichts der Verdichtung von globaler Ungleichheit, ökologischer Krise, Migrationsbewegungen, globalem Autoritarismus und Faschisierung ist der «Mittelweg» post-ideologischer Offenheit und links-liberaler Kritik nicht mehr gangbar. Kräfte, die sich für den Erhalt liberaler, bürgerlicher Freiheiten und minimaler Standards solidarischer Lebensweisen einsetzen wollen, müssen Partei ergreifen gegen Autoritarismus und Neoliberalismus, d.h. auch für einen radikaleren Kurs, nicht nur gegen Rechts, sondern auch gegen die neoliberalen Politiken, die uns dorthin geführt haben. Jetzt ist der Moment der Entscheidung, in einer Phase, in der noch unterschiedliche Möglichkeiten offen sind, sich aber bereits zu schließen beginnen.

Literatur

Anderson, Benedict, 1983: *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*; dt. *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Berlin (Ullstein) 1998.

- Balibar, Etienne; Wallerstein, Immanuel, 1990: *Klasse, Rasse, Nation. Ambivalente Identitäten*, Hamburg/Berlin.
- Candeias, Mario, 1999: «1989–1999 – Die Wende als Ausdruck neoliberaler Verallgemeinerung», in: *Das Argument* 5/1999; Internet: www.trend.infopartisan.net/trd7802/t127802.html.
- Candeias, Mario, 2004: *Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen Produktions- und Lebensweise*, Berlin/Hamburg.
- Candeias, Mario, 2008: «Verallgemeinerung einer Kultur der Unsicherheit. Prekariisierung, Psyche und erweiterte Handlungsfähigkeit», in: *Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis* (Zeitschrift der DGVT) 2/2008, S. 249–268.
- Candeias, Mario, 2015: «Gegenmittel gegen autoritären Neoliberalismus und Rechtspopulismus – Perspektiven einer verbindenden linken Partei», in: ders. (Hg.): *Rechtspopulismus in Europa. Linke Gegenstrategien*, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Materialien 12, Berlin, S. 55–73; Internet: www.rosalux.de/publikation/id/8340/rechtspopulismus-in-europa/.
- Candeias, Mario, 2017: «Eine Frage der Klasse. Neue Klassenpolitik als verbindender Antagonismus», in: *LuXemburg-Spezial «Neue Klassenpolitik»*, Oktober 2017, S. 2–13; Internet: www.zeitschrift-luxemburg.de/luxemburg-spezial-zu-neuer-klassenpolitik/.
- Candeias, Mario, 2017b: «Den Dritten Pol sichtbar machen. Autoritäres Europa und die Reorganisierung der europäischen Linken», in: M. Candeias und A. Demirovic (Hg.): *Europe – What's left? Die Europäische Union zwischen Zerfall, Autoritarismus und demokratischer Erneuerung*, Hamburg, S. 315–339.
- Candeias, Mario; Völpel, Eva, 2013: *Plätze sichern. Reorganisation der Linken in der Krise*, Hamburg.
- Decker, Oliver; Brähler, Elmar, 2016: *Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger «Mitte-Studie» 2016*, Leipzig; Internet: www.rosalux.de/publikation/id/8904/die-enthemmte-mitte/.
- Demirovic, Alex, 2018: «Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie», in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Nr. 190, S. 27–42.
- Detje, Richard; Menz, Wolfgang; Nies, Sarah; Sauer, Dieter, 2011: «Ohnmacht und Wut», in: *LuXemburg* 2/2011, S. 52–61; Internet: www.zeitschrift-luxemburg.de/ohnmacht-und-wut/.
- Dörre, Klaus, 2005: «Prekarität. Eine arbeitspolitische Herausforderung», in: *WSI-Mitteilungen* 5, S. 250–258.
- Eribon, Didier, 2017: *Rückkehr nach Reims*, Berlin.
- Hall, Stuart, 1980: ««Rasse», Artikulation und Gesellschaften mit struktureller Dominante», in: ders.: *Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften*, Bd. 2, Hamburg, S. 89–136.
- Hall, Stuart, 1982: «Popular-demokratischer und autoritärer Populismus», in: *Neue soziale Bewegungen und Marxismus*, Argument-Sonderheft 78, Berlin, S. 104–124.
- Haug, Frigga, 1983: *Sexualisierung der Körper*, Berlin/Hamburg.
- Haug, Wolfgang Fritz, 1993: *Elemente einer Theorie des Ideologischen*, Berlin/Hamburg.

- Hillje, Johannes, 2018: *Rückkehr zu den politisch Verlassenen. Studie zu rechtspopulistischen Hochburgen in Deutschland und Frankreich*, Berlin; Internet: www.progressives-zentrum.org/die-verlassenen/.
- Hilmer, Richard; Kohlrausch, Bettina; Müller-Hilmer, Rita; Gagné, Jérémy, 2017: *Einstellungen und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern*, Working Paper 44, Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.
- Kahrs, Horst, 2018a: «AFD gewinnt in Stadt und Land», in: *Jahresbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung 2017*, Berlin.
- Kahrs, Horst, 2018b: «Versuche, uns und anderen die rechtspopulistische Dynamik in Deutschland zu erklären», in: M. Candeias (Hg.), *Rechtspopulismus, radikale Rechte, Faschisierung*, Berlin, S. 16–32.
- Nachtwey, Oliver, 2017: *Die Abstiegs-gesellschaft*, Berlin.
- Nolte, Paul, 2001: «Unsere Klassengesellschaft. Wie könnten die Deutschen angemessen über ihr Gemeinwesen sprechen?», in: *Die Zeit*, 4. 1. 2001; Internet: www.zeit.de/2001/02/Unsere_Klassengesellschaft.
- Nolte, Paul, 2008: «Wie sich die Mittelschicht neu erfindet. Interview», in: *Die Welt*, 6. 8. 2008; Internet: www.welt.de/wirtschaft/article2279824/Wie-sich-die-Mittelschicht-neu-erfindet.html.
- Pieschke, Miriam, 2016: «Vom kurzen Flirt zur langfristigen Beziehung. Organisierung im Kiez als transformatorisches Projekt», in: *LuXemburg* 2/2016, S. 108–113; Internet: www.zeitschrift-luxemburg.de/vom-kurzen-flirt-zur-langfristigen-beziehung/.
- PSUREG – Projekt subjekt- und hegemonietheoretische Untersuchung des Rechtspopulismus & Entfaltung emanzipatorischer Gegenmacht, 2018: *Reaktionär, rassistisch, rechts: Die Entwicklung der AfD in Sachsen-Anhalt und Stendal*, hg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Studien 1/2018, Berlin; Internet: www.rosalux.de/publikation/id/38891/reaktionae-rassistisch-rechts/.
- Reimer, Katrin, 2011: *Kritische politische Bildung gegen Rechtsextremismus und die Bedeutung unterschiedlicher Konzepte zu Rassismus und Diversity. Ein subjektwissenschaftlicher Orientierungsversuch in Theorie- und Praxiswidersprüchen*, Fachbereich Erziehungswissenschaft und Psychologie der Freien Universität Berlin; Internet: <https://d-nb.info/102635840X/34>.
- Steckner, Anne, 2017a: «Die Asys müssen weg!> Warum die Linke mit den Leuten reden sollte, statt über sie», in: *LuXemburg* 1/2017, S. 74–81; Internet: www.zeitschrift-luxemburg.de/kommunikationsstrategien-gegen-rechts.
- Steckner, Anne, 2017b: *Auswertung der bundesweiten Haustürbefragungen. Bereich Strategie und Grundsatzfragen*, DIE LINKE, Berlin.